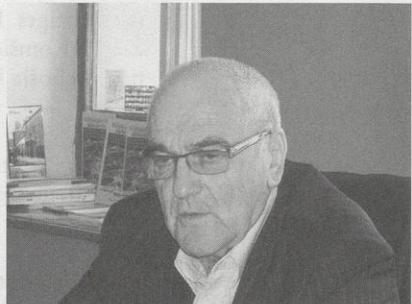


Selim Bešlagić, früherer Bürgermeister von Tuzla, zur aktuellen Lage in Stadt und Region



Selim Bešlagić war von 1990 bis 1998 Bürgermeister von Tuzla, der drittgrößten Stadt von Bosnien und Herzegowina. Während des Bosnienkriegs wirkten bosniakische, kroatische und serbische Bewohner zusammen und verteidigten die Stadt gegen Angriffe serbischer Nationalisten; auch nahm die Stadt viele Flüchtlinge aus dem Umland auf. Bešlagić spielte bei diesen Maßnahmen eine wesentliche Rolle. Für sein Engagement wurde er 1995 mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Weimar ausgezeichnet und 1998 für den Friedensnobelpreis nominiert. – Das Gespräch mit ihm führten Mitarbeiter der Organisation IPA-K, einer 1995 in Tuzla gegründeten Jugendorganisation, die sich der Versöhnungsarbeit in Bosnien widmet; auch die Übersetzung ins Deutsche erfolgte durch IPA-K (weitere Informationen zu IPA-K: <http://www.ipak-mgb.ba>).

Beschreiben Sie bitte kurz die Folgen des Zerfalls von Jugoslawien und des Krieges in Bosnien und Herzegowina für die Stadt Tuzla!

Zum einen hat ein Großteil der Bevölkerung das Land verlassen, zum anderen – und das ist der größte Schaden – gab es eine hohe Zahl von Todesopfern unter allen Nationalitäten. Außerdem ist die Dynamik der kulturellen Entwicklung abgebrochen und es wird noch lange dauern, bis sie zurückkehren wird. Immerhin hat die Stadt Tuzla direkt weniger unter den Folgen des Krieges gelitten als das Land, denn wir haben uns den bürgerlichen Geist bewahrt, innere Kon-

flikte vermieden und das gegenseitige Töten nicht zugelassen.

Allerdings lässt sich die Situation in Tuzla nicht von der im Land trennen. Tuzla ist ein Teil von Bosnien und Herzegowina, und alle Konsequenzen, die Bosnien und Herzegowina aus der Vergangenheit ziehen muss, gelten auch für Tuzla. Wir versuchen, mit dem Modell von Tuzla langsam auf das Land als Ganzes einzuwirken, jedoch entwickelt sich das Land leider eher in die entgegengesetzte Richtung. Serben, Kroaten und Bosniaken sollten in öffentlichen Behörden und Schulen eigentlich gleichberechtigt sein. Es gibt aber heute in keiner Schule in Tuzla einen

Serben oder Kroaten als Direktor, auch in den kommunalen Infrastrukturen sind sie wenig vertreten. Dennoch entwickeln sich die Dinge insgesamt ganz langsam so, dass das Modell „Tuzla“ sich auf Bosnien und Herzegowina positiv auswirkt.

Welche besonderen Probleme und Herausforderungen gab es während des Krieges für Sie als Bürgermeister von Tuzla?

In der gesamten Zeit bestand die größte Herausforderung in der Abwehr von Rachefeldzügen für all das, was sich in Bosnien und Herzegowina abgespielt hat. Dies galt in erster Linie der Reaktion auf die Aggression radikaler Serben, von denen viele aus Serbien gekommen sind. Miloševićs Politik löste die Angriffe auf das Land und damit auch auf Tuzla aus.

Damals stand ich an der Spitze der Verwaltungspyramide, war aber auf die Unterstützung meiner Mitarbeiter und der Einwohner Tuzlas angewiesen. Wie sollte Racheakten für tausende zerstörte Moscheen und hunderte vernichtete katholische Kirchen vorbeugt werden? Wie konnte man die Zerstörung der orthodoxen Kirche von Tuzla verhindern? Als die orthodoxe Kirche durch die Aggressoren beschossen und beschädigt wurde, haben wir uns entschieden, diese Kirche zu reparieren. Die Telefone begannen sofort zu klingeln und man sagte uns: „Sie (die Aggressoren) zerstören Moscheen und katholische Kirchen – und du reparierst ihre Kirche!“ Das war eine riskante Lage. Ich entgegnete, es sei nicht ihre orthodoxe Kirche, son-

dern die Kirche der orthodoxen Einwohner von Tuzla, die trotz des Krieges geblieben sind und sich verteidigen; deshalb würden wir sie reparieren, auch wenn die von draußen sie zerstört haben.

Ein zweiter Fall war der Konflikt zwischen der Armee von Bosnien und Herzegowina und dem Kroatischen Verteidigungsrat HVO. Damals bestand die Gefahr der Flucht aller kroatischen Einwohner Tuzlas aus der Stadt aus Angst vor Übergriffen durch die Armee. Nach einer Vorwarnung durch den Kommandanten des II. Korps der Armee von Bosnien und Herzegowina, es könne zu Zwischenfällen kommen, haben wir beschlossen, die Orte im Raum Tuzla mit kroatischer Bevölkerungsmehrheit zu besuchen und mit den Menschen zu sprechen. Wir haben sie nach den Gründen für das Weggehen gefragt. Sie zeigten eine gewisse Furcht, denn damals war im Kanton Tuzla die SDA (Partei der Demokratischen Aktion)¹ an der Macht. Die Einwohner sagten in den Gesprächen: „Ihr könnt Scherze machen, aber wir haben die Koffer gepackt. Ihr müsst uns sagen, ob wir gehen sollen oder nicht.“ In diesen Moment lautete meine Antwort: „Wenn ihr euch auf den Weg macht, dann kommt mich erst abholen, denn ich will nicht Einwohner einer Stadt sein, in der nur Muslime leben.“ Diese Haltung hat die Menschen tatsächlich beeindruckt, sodass nur etwa hundert

¹ Ursprünglich radikale, heute eher gemäßigte Partei der Bosniaken (vgl. dazu oben Gavrić, Verfassungsreform, S. 263).

Kroaten, die den Einheiten des HVO angehörten, den Kanton verließen, jedoch fast niemand Tuzla. Dies gab uns allen Kraft zur Erhaltung des bürgerlichen Geistes. Mit unserem Glauben an die Bürger, mit dem Glauben der Bürger an uns und mit der Unterstützung der Religionsgemeinschaften haben wir diese Situation überwunden und damit auch das Zusammenleben der Menschen in Tuzla gesichert.

Wie hat sich während des Krieges und danach das Verhältnis der Religionsgemeinschaften zueinander entwickelt?

Während des Krieges hatten wir ein sehr gutes Verhältnis zwischen der katholischen und der islamischen Religionsgemeinschaft, wobei ich besonders die Personen an der Spitze der Gemeinschaften erwähnen möchte, Pater Petar Matanović und Hauptimam Muhamed Effendi Lugavić. Pater Matanović blieb auch nach dem Krieg bei uns. In der islamischen Gemeinschaft kam es hingegen zu organisatorischen Veränderungen. Es entstand ein so genanntes „Muftiluk“, d. h. ein Bezirk, dessen Betreuung mit bestimmten Aufgaben verbunden ist, und es kam als religiöser Lehrer ein Mufti, der nicht von den Bürgern gewählt worden ist, sondern von der Leitung der islamischen Gemeinschaft in Sarajevo eingesetzt wurde. Aus diesem Anlass besuchte auch das Oberhaupt der bosnischen Muslime, Reis-ul-ulema Mustafa Effendi Cerić, Tuzla; Imam Lugavić wurde entlassen. Unter seinem Nachfolger kam es

zu strukturellen Veränderungen, so dass die Kontinuität der Beziehungen mit bestimmten Personen aus der islamischen Gemeinschaft beeinträchtigt wurde. Größere Störungen hat es aber nicht gegeben.

Anders ist es im Falle der orthodoxen Kirche gelaufen. Während des Krieges hatten alle Geistlichen Tuzla verlassen, sodass wir um die Entsendung eines Priesters ersucht haben. Ein Geistlicher wurde tatsächlich geschickt, mit dem sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt hat. Wohl aus diesem Grund wurde er dann wieder abgezogen. Inzwischen ist ein anderer Priester tätig. Die Kontakte und Beziehungen wurden wieder hergestellt, aber sie sind nicht mehr so eng wie früher.

Insgesamt verlaufen die Kontakte zwischen den Glaubensgemeinschaften gut, aber eine allgemeine Bewertung kann ich nicht abgeben.

Wie beurteilen Sie die politische Situation in Bosnien und Herzegowina? Was erwarten Sie von der Europäischen Union?

Wir alle hoffen auf die Europäische Union, und eine große Zahl der Politiker in Bosnien und Herzegowina möchte schnellstmöglich der Union beitreten, allerdings so, dass die Europäische Union ihre politischen Standpunkte denen unseres Landes anpasst. Daraus wird nichts. Ich habe als Politiker erst kürzlich auf diese Problematik hingewiesen und gesagt: „Die Europäische Union versucht nicht, nach Bosnien und Herzegowina zu kommen, sondern es muss ge-

nau umgekehrt laufen und klar sein, dass die Bedingungen, die die Union stellt, erfüllt werden müssen.“ Dies bezieht sich auf die Entwicklung der Verfassung, Beseitigung aller Mängel und Erfüllung der EU-Standards. Ich war acht Jahre Parlamentarier und weiß, wie sich unsere Politiker sträuben. Entscheidend wird es sein, ob sie bereit sein werden, diese Bedingungen zu akzeptieren und nach vorne zu schauen.

Worauf ich auf jeden Fall bestehen möchte, ist der Wunsch nach einem raschen NATO-Beitritt von Bosnien und Herzegowina, denn dies würde mit Sicherheit das verhindern, wovor alle Angst haben: ein Referendum in der Republika Srpska, damit eine Trennung und völlige Auflösung des Gesamtstaats. Obwohl Bosnien und Herzegowina heute *ein Staat* und *ein Mitglied* der UNO ist und keine reelle Chance für eine Spaltung besteht, verursacht allein schon das Wort „Referendum“ bestimmte negative Spannungen im Land. Das ist so, als würde man drei Schritte nach vorne machen, dann „Referendum“ sagen, fünf Schritte zurück machen und wieder mühsam Schritt für Schritt nach vorne gehen. Aus diesen Gründen bin ich der Meinung, dass man vor allem daran arbeiten sollte, die Voraussetzungen für einen NATO-Beitritt zu schaffen. Die neue Regierung, die ja

irgendwann einmal kommen wird², sollte die notwendigen Verpflichtungen erfüllen und, entsprechend der Absichtserklärung über den Beitritt zur Europäischen Union, systematisch umsetzen. Sie darf nicht nur Gesetze verabschieden, sondern muss sie auch umsetzen und die Durchführung wirksam kontrollieren. Ich denke, dass das eines der größten Probleme in Bosnien und Herzegowina ist.

Leider gibt es viele beschlossene Gesetze, die noch nicht ausgeführt worden sind. Anders gesagt: Wir äußern uns deklarativ, respektieren aber in der Praxis nicht das, wofür wir gestimmt haben. Trotzdem bleibe ich ein großer Optimist, denn ich glaube nicht, dass die Europäische Union uns Bedingungen auferlegen wird, die morgen vielleicht wieder ein Grund für neue Streitigkeiten sein könnten. Man muss für die Demokratie kämpfen, für einen normalen Staat Bosnien und Herzegowina, für Gesetze, die Bosnien und Herzegowina sehr schnell zur EU-Mitgliedschaft führen und damit zeigen, dass Bosnien und Herzegowina schon lange in die Europäische Union gehört. Unsere aktuellen Politiker finden jedoch nicht die angemessenen Mittel, um die anstehenden Probleme zu lösen, und ich bin so frei zu sagen, dass sie es vielleicht auch überhaupt nicht wollen.

² Obwohl die Wahlen am 3. Oktober 2010 erfolgt sind, hat der Gesamtstaat bis heute keine neue Regierung.